



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

III/79

5. Juli 1948

## Die Schaffenden nach dem Tage X

=====

R.D. Koch verhindert z.Zt. eine fehlende klare Kenntnis der Relationen zwischen den in Bewegung befindlichen Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten eine eindeutige Abschätzung der Situation nach der Währungsreform. Für jedermann ist aber klar erkennbar: Der Geldschnitt hat die Kleinvermögen ungleich härter getroffen als die Besitzer grösserer Vermögen, sofern es sich nicht gerade um das von Schwarzhändlern und Schiebern handelt. Die Anrechnung der Kopfquote verschlingt in zahlreichen Fällen die Restvermögen der Kleinsparer oder hat sie bis zur Wirkungslosigkeit verkleinert.

Die Steuerreform zeigt neben ihrer sozialen Verbrämung durch Senkung der Lohnsteuer eine erhebliche steuerliche Begünstigung sogenannter produktiver Vermögen als Investitionsanreiz, so dass die berechnete Befürchtung besteht, die künftigen Betriebsergebnisse könnten nicht ausreichend sein, um alle zu ihrer Förderung gewährten Vergünstigungen voll auszunutzen. Andererseits ist die Abwälzung der Hauptsteuerlast auf den Sektor der Verbrauchssteuern bei spezifischen Massenverbrauchsgütern eine ebenso einseitige Belastung der Konsumenten mit kleinem Einkommen.

Die Erhöhung der Grundstoffpreise auf dem Verfügungswege und die in gleichen Zuge nachfolgenden Preiserhöhungen für Verbrauchsgüter, die Preislockerung überhaupt, bei gleichzeitiger Beibehaltung des Lohnstopps, sind Massnahmen, die ausschliesslich zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen. Die Kassen der sozialen Institutionen sind plötzlich leer, Invaliden, Rentner, Witwen und Waisen bangen um die letzten Mittel ihrer Existenz. Der Reallohn der Arbeitenden ist selbst gegenüber dem Stand vor der Währungsreform weiter erheblich gesunken, sofern man die Löhne und Preise der Waren vor der Reform mit dem heutigen Preisstand und den Löhnen vergleicht.

Infolge der Illiquidität vieler Betriebe, die sich heute zur Kostenverringerung der zuvor gebotenen Arbeitskräfte entledigen möchten und des Neuangebots an Arbeitskräften aus den Reihen der ihrer Renten und Vermögen verlustig gegangenen Frauen vergrössert sich der Druck auf den Arbeitsmarkt und somit der Druck auf die Löhne, gegen deren Angleichung im Rahmen der genehmigten 15%-igen

Erhöhung sich die meisten Unternehmer bis zum Tage X mit Erfolg gewehrt haben. Diesen Druck weiter zu verstärken, gilt das Bemühen, nunmehr auch den Kündigungsschutz der Arbeitenden aufzuheben.

Um das Bild abzurunden: Die einzige Waffe der Schaffenden ist ihnen durch die Währungsreform schartig geschlagen - auch die Gewerkschaftskassen sind leer und die Finanzierung eines Kampfes in der bisher üblichen Form ist z. Zt. unmöglich geworden. Freilich sitzt auch die Gegenseite finanziell nicht auf dem höchsten Ross - aber sie sitzt auf den Hortungslagern, die sie privat und amtlich anlegte, und um die sie das Volk in der Vergangenheit darben liess. Sie sitzt auf den Sachwerten, und der angekündigte "Lastenausgleich" wird sein Gesicht von den durch ihre Parteigänger besetzten politischen Positionen erhalten. Die vorerwähnten Massnahmen der gleichen Instanzen lassen eindeutig die klassenmässige Ausrichtung ahnen.

Vor allem aber sitzen sie mit der Hand an Steuer der deutschen Wirtschaft und haben den Steuermann mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Ihm assistieren die Direktoren für Finanzen und Ernährung, die, jeder für sich, durch entsprechende Finanz- und Ernährungsmassnahmen das Sozialprodukt verteilen, belohnend oder bestrafend ganze Bevölkerungskreise erfassen können.

Man könnte einwenden, weder Währungsreform noch Steuerreform, weder Lohnstop noch die Begrenzung der Lohnangleichung auf 15% sei der deutschen Verantwortung zuzuschreiben. Demgegenüber sei festgestellt: Klassenpolitische Einstellungen sind nicht an nationale Voraussetzungen gebunden. Die Eile, mit der die deutschen Instanzen die entsprechenden alliierten Massnahmen für die Interessen der von ihnen protegierten Klassen auszunutzen verstanden, zeigt, dass auch sie sich keineswegs an nationale Rücksichten gebunden fühlen. Mehr denn je ist daher heute erforderlich, dass die Werktätigen ihre wirtschaftlichen und politischen Kräfte koordinieren und notfalls dem Gegner mit aussergewöhnlichen Mitteln entgegentreten. (m/B31/37/2/ho)

#### Notwendige Konsequenzen

R.B. Die gefährlichste Krise nach dem Kriege, der Streit der ehemaligen Verbündeten um Berlin, hat das Verhältnis der Weststaaten zu dem nicht russisch besetzten Deutschland in einen stark veränderten Gesichtswinkel gerückt. Wenn es sich vorerst auch nur um die Wandlung inneren Beziehungen handelt, sollten die praktischen Schlussfolgerungen dieser Tatsachen nicht lange auf sich warten lassen. Die drei Dokumente der westlichen Alliierten, die in der Frage der künftigen Beziehungen zu Deutschland bestimmte Vorschläge enthalten, liegen aber offenbar nicht auf dieser Linie.

Dass die Westmächte fortfahren, in der Behandlung der deutschen Probleme so zu tun, als sei die Menschheit nach wie vor vor den Deutschen zu bewahren, und als müsst sie ihnen deshalb die notwendigen Rechte nur unter äussersten Vorsichtsmassregeln dosiert verabreichen, wird heute in Deutschland allgemein als eine nicht gerade logische Politik angesehen.

5. Juli 1948

Bevin hat letztlich erklärt, dass die heutige Lage aus der Unfähigkeit der Siegermächte entstanden sei, sich über Deutschland zu einigen und Eden zögerte nicht, den Deutschen seinen Beifall zu zollen. Zwischen Worten und Taten und zwischen den höchst realen Ereignissen und alliierten Ausführungsbestimmungen besteht noch immer eine Diskrepanz, die in möglichst rascher Folge überwunden werden sollte. Westdeutschland und die Westalliierten sind zwar gleicher Gesinnung, aber weit davon entfernt, gleichberechtigt zu sein. Wenn man bedenkt, wie sehr sich demokratische Deutsche in Berlin und in Westdeutschland im Kampf um die Freiheit exponiert haben und wenn man weiter beachtet, wo die gegenwärtige Situation letztlich enden könnte, so erstaunt es, welche unzureichenden politischen Konsequenzen die Westmächte bisher daraus gezogen haben. Die tatkräftige und entschlossene Unterstützung Berlins steht dabei unantastbar über jeder Diskussion. Sie wird dankbar anerkannt.

Deutschland sollte für die westlichen Demokratien kein Feindesland mehr sein, dem man aus taktischen Gründen und aus Überlegungen, die in die Vergangenheit weisen, ein Friedensstatut zudiktieren. Der politischen Wirklichkeit entspräche es, Grundsätze der gegenseitigen Beziehungen in der vernünftigsten Weise auf dem Wege der Verhandlungen mit deutschen Politikern abzustimmen. Durch den Zwang der Ereignisse befindet sich Deutschland nicht mehr im Stadium des Gegners: Es trägt die Bürde der grösseren Leiden um diese Freiheit, und es ist unklug und nicht staatsmännisch, Deutschland gleichzeitig die Bürde der Diffamierung weiterhin tragen zu lassen.

So gehört es zu den Konsequenzen der jetzt abrollenden Ereignisse, den Deutschen das Recht zu geben, die Form ihrer Regierung allein zu bestimmen und ihnen nicht ein Gerippe aufzuzuerden, das sie mit Fleisch und Blut zu füllen nicht in der Lage wären. Ebenso offen darf es ausgesprochen werden, dass die Alliierten Deutschland kaum mehr wegen der Deutschen besetzt halten, die machtlos und damit ungefährlich geworden sind, sondern aus weltpolitischen Gründen. Es ist deshalb auch eine ganz nüchternde Schlussfolgerung, dass die Kosten dieser Besetzung auf eine andere Basis gestellt werden sollten, abgesehen davon, dass diese Ausgaben die angestrebte Gesundung Deutschlands in grösster Gefahr bringen. Ist es nicht notwendig, darauf hinzuweisen, dass es unter den obwaltenden Umständen nicht zu verantworten ist zu demontieren, was, anderwärts wieder aufgebaut, unrentabel wäre? Das Problem der Reparationen sollte darum endlich nach dem Gesichtspunkt der grössten Rentabilität für Europa gelöst werden.

Sobald die augenblickliche Krise überwunden ist, sollte man in Washington, London und Paris daran gehen, die nüchternen Konsequenzen aus den Ereignissen zu ziehen und den Deutschen das Vertrauen geben, das sie sich jetzt verdienen. (M/B9/37/1/he)

## Das Bremer Jugendgespräch

Von Helmut Rohde

"Wir Jungsozialisten sind bereit, mit all denen zusammen zu arbeiten, die den eigenen Irrtum erkennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen." Mit dieser Auffassung, ausgesprochen durch Hans Hermsdorf, Sekretär der Jungsozialisten, trat die sozialdemokratische Jugend mit der Bremer Jugend in eine freie Diskussion, öffentlich, als es darum ging, einen ehemaligen NS-Führer davor zu bewahren, wegen seines vergangenen politischen Bekenntnisses lebenslanglich diskriminiert zu werden. Dass mit diesem Entschluss kein Sprungbrett einer billigen Propaganda gesucht wurde, war nicht nur aus der bisherigen Haltung der Jungsozialisten zu ersehen, sondern wurde auch von einem Ausschuss der Bremer Jugend bestätigt, der die Polemik eines CDU-Blattes entschieden ablehnte.

Die Einstellung der Jugend kann nicht von parteitaktischen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Das wäre von beiden Seiten zu einfach und überdies falsch gesehen. Das politische Bekenntnis der Jugend ist stets die Summe von mannigfachen Einflüssen, es wird im wesentlichen bestimmt von Erziehung, Traditionen, von herrschenden geistigen Kräften und den Bindungen der äusseren Umwelt. Zur praktischen Geltendmachung dieses Bekenntnisses ist die politische Partei nur Mittel zum Zweck. Das bedeutet, dass mit dem Erkennen des politischen Irrtums nicht der Wechsel aus der NS in eine der bestehenden Parteien, sondern eine ernste Auseinandersetzung über die Art der Aufgabe bestanden wird, die jeder zu erfüllen beabsichtigt. Das Ziel der Jungsozialisten ist darum das gemeinsame Gespräch aller Jugendlichen in einer Atmosphäre positiver Toleranz, die auf jedes betretene Schweigen oder auf romantische Schwärmerereien verzichtet und Raum für konkrete und wirklichkeitsnahe Fragen freigibt. Denk- und Urteilsfähigkeit müssen allerdings vorausgesetzt werden. Der gute Wille ist zu beweisen.

Vollkommene gesellschaftliche Gleichberechtigung bei solchen Auseinandersetzungen ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Die SPD weist sich dabei frei von dem Vorwurf eines Kurwechsels, weil sie von jeher entschieden für die Jugendrechte eingetreten ist. Das wurde von ihr nicht nur gegenüber der Jugend, sondern gegenüber sich selbst als die Partei mit den schwersten politischen Opfern im Dritten Reich verantwortet. Die Bremer Entscheidung konnte darum niemals aus propagandistischen Gründen gefällt werden, weil das für die SPD eine unbeschreibliche Selbsterniedrigung bedeutet hätte. In Schleswig-Holstein hat die rein sozialdemokratische Regierung nun ab Jahrgang 1913 den politischen Druck zum Gesetz erhoben. In den übrigen Landtagen wurde diese Forderung geltend gemacht.

Die Konsequenz, die als vorwiegend von allen gezogen werden muss, ist die alte, aber solide Grundlage menschlichen Zusammenlebens: Arbeit! Die Jungsozialisten haben mit ihren Bremer Freunden, die sie

gewonnen haben, mutig gefasst und gehen durch den Abbruch der Trümmer in ihrer Stadt den heute auf allen Gebieten zu wünschenden Weg der Praxis.

Die Jungsozialisten erheben eine zweite Forderung, die sie durchzusetzen wünschen: Sie führen einen politischen Kampf gegen jene Schicht, die die junge Generation in einen patriotischen Nebel hüllen will, um mit den Mitteln des Besitzes profan ausbeuten zu können. National soll als politische Eigenschaft nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Macht und der Gewalt nach innen und nach aussen, sondern als Verpflichtung aller gegenüber allen angesehen werden. Der daraus resultierende geistige Umwandlungsprozess ist ebenso wie die vernünftige Organisation der Gesellschaft nach allgemein verbindlichen Grundsätzen nicht mehr nur das Problem einer Klasse. Weil es bisher in Deutschland nicht so war und die Kräfte der Unvernunft, ja der Brutalität und der mangelnden Einsicht in die Gemeinschaft triumphieren, sind neue Wege erforderlich.

In Bremen wurde der Grundstein zu einem neuen Gespräch gelegt - ohne Illusionen, aber voller Aufrichtigkeit, die auf beiden Seiten vorausgesetzt wurde. Möge das im Fluss der grossen Auseinandersetzungen, die vor allem im europäischen Rahmen zur Gemeinsamkeit drängen? Die Jungsozialisten würden es begrüessen und werden nicht spiessig an Kleinigkeiten verzagen. (b/Bl/57/2/ha)

#### Hitlers kugelsicherer Luxuswagen

sp. Rund zwei Millionen Mark kostete der Mercedes-Benz-Wagen, den sich Hitler 1941 hatte bauen lassen. Wie es sich für einen "genialen" Architekten seines Schlages gezielte, hatte er selbst am Entwurf der Ausstattung mitgeholfen, deren Luxus und Raffinement nur durch das Wort schon "phantastisch" charakterisiert werden kann. Als "tapferer Krieger" hatte Hitler zugleich aber dafür gesorgt, dass ihm in dem Brunkwagen nichts zustossen konnte. Das Chassis war schwer gepanzert, die Fenster bestanden aus dicken, kugelsicheren Glas und an allen vier Türen des achtstzigen Wagens, der mit 200 km Geschwindigkeit über die Autobahn brausen konnte, waren Maschinengewehre montiert. Ein riesiger Scheinwerfer am Heck des Wagens vereitelte jeden Versuch, sich in einem noch schnelleren Wagen dem Gefährt zu nähern und eine besondere Lautsprecheranlage erlaubte es Hitler, während der Fahrt seine Befehle zu erteilen, ohne dass er seine Stimmbänder besonders anstrengen musste. 1942 schenkte Hitler den Wagen dem finnischen Marschall Mannerheim zum 75. Geburtstag und als Finnland von den Russen ernsthaft bedrängt wurde, wurde der Wagen nach Schweden gebracht. Dort wurde der Wagen vor kurzem von einem amerikanischen Importeur für an Schweden gelieferte Maschinen in Zahlung genommen. Mr. G. Janus hat den Wagen jetzt nach New York transportieren lassen und stellt ihn gegen ein kleines Entgelt zur Schau. Der Erlös soll zur Unterstützung der notleidenden Kinder in den durch den Krieg verwüsteten Ländern verwendet werden. So hat zuletzt auch Hitlers Luxuswagen noch einen praktischen Zweck bekommen. (b/AS8/57/2/hc)